

Quo vadis politische Bildung? – Herausforderungen und Erwartungen für die Zukunft

Andreas von Below

1. Anmerkungen zur politischen Bildung seit 1945

Als nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur der westliche Teil Deutschlands die Chance erhielt, einen freiheitlich-demokratischen Staat aufzubauen, legten zunächst die Siegermächte und später die verantwortlichen deutschen Politiker in den drei Westzonen großen Wert darauf, daß die Grundlagen und Institutionen dieser Demokratie von möglichst vielen Bürgern verstanden und mitgetragen wurden. In diesem Zusammenhang kam der politischen Bildung eine wichtige Aufgabe zu. Sie sollte das nötige Wissen

über die Funktionsweisen der parlamentarischen Staatsform und die Normen und Werte unseres Grundgesetzes vermitteln – mit dem Ziel, die freiheitlich-rechtsstaatliche Staats- und Gesellschaftsordnung in die Köpfe und Herzen der Bürger zu tragen. Politische Bildung erhielt ihren festen Platz im Schulunterricht und darüber hinaus als Angebot an Jugendliche und Erwachsene in den Einrichtungen der politischen Erwachsenenbildung.

Die Bundeszentrale und die Landeszentralen für Politische Bildung, die politischen Stiftungen und eine Reihe von Einrichtungen freier Träger bieten seit-her ein vielfältiges Lern- und Begegnungsangebot zu grundsätzlichen und aktuellen politischen Themenfeldern an und ergänzen damit die politische Bildung, die im Elternhaus und in der Schule vermittelt wird.

Die Aufgaben und Ziele der politischen Bildung fanden in einigen Landesverfassungen ihren Niederschlag. Der vormalige Bundesverfassungsrichter Hans Hugo Klein hat in einem Beitrag für diese Publikation u.a. die landesverfassungsrechtlichen Vorschriften in Hinblick auf die Ziele politischer Bildung durchgesehen und kommt zu dem Resultat: „So ist unschwer zu erkennen, daß sie sämtlich um die beiden ... grundlegenden Legitimationsprinzipien des demokratischen Verfassungsstaates kreisen: die sich in den Grund- und Menschenrechten manifestierende Gewährleistung persönlicher Freiheit und das bürgerliche Recht auf Teilhabe an der politischen Willensbildung in Gesellschaft und Staat“. Damit ist der rechtliche und normative Rahmen für die politische Bildung im wesentlichen definiert und abgesteckt.

Neben vielen anderen Faktoren – insbesondere ist hier der wachsende Wohlstand breiter Bevölkerungsschichten zu nennen – hat auch die politische Bildung in den letzten 50 Jahren einen Beitrag dazu leisten können, daß die

im Grundgesetz verankerte Ordnung in ihren wesentlichen Prinzipien von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung anerkannt wird. Dies zeigte sich insbesondere in Phasen links- oder rechtsextremistischer Gefährdungen. Massive Bedrohungen und Erpressungsversuche extremistischer und terroristischer Gruppierungen konnten bisher erfolgreich abgewehrt werden. Die freiheitlich-rechtsstaatliche Gesellschaftsordnung bewährte sich als „wehrhafte Demokratie“ unter anderem auch deshalb, weil die Einrichtungen der politischen Bildung in Gefährdungszeiten *demokratiestützendes Orientierungswissen* vielfältig vermittelten. Als z.B. in den 70er Jahren terroristische Anschläge und Gewaltakte durch die linksextremistische Rote Armee Fraktion den Rechtsstaat ernstlich bedrohten, gelang u.a. auch über die politischen Bildungsträger eine geistig-politische Offensive zur Sicherung des Rechtsstaates.

In der Phase des Übergangs der ehemaligen DDR von einem totalitär-zentralistischen Herrschafts- und Wirtschaftssystem zur parlamentarischen Demokratie mit Sozialer Marktwirtschaft hat die politische Bildung ebenfalls einen wichtigen Beitrag leisten können. Sie hat bei der Grundlegung demokratischer Strukturen und beim Aufbau demokratischer Parteien bedeutende Hilfen anbieten und den Wandel in diesen Bereichen kraftvoll unterstützen können. Daß in den neuen Bundesländern nur marginale Tendenzen von Radikalität und Extremismus anzutreffen sind, hat auch etwas mit den Aktivitäten der politischen Bildungsträger zu tun. An erster Stelle sind hier die politischen Stiftungen zu nennen, die einen wichtigen Beitrag zur Ausbildung des politischen Personals für die neu entstandenen demokratischen Parteien geleistet haben und mit Ost-West-Begegnungsseminaren das innere Zusammenwachsen kraftvoll unterstützten. Ohne den Einsatz der politischen Bildungsträger wäre der Übergang vom zentralistischen Herrschaftssystem zur parlamentari-

schen Demokratie in den neuen Ländern und das Zusammenwachsen von Ost und West schwieriger geworden.

2. Neue Herausforderungen – neue Aufgaben für politische Bildung

Die politische Bildung steht heute vor neuen Aufgaben:

2.1 Orientierungsauftrag

Politische Bildung muß *Orientierungen geben und Wegweiser* aufstellen. Dies ist deswegen notwendig, weil es angesichts rasanter Veränderungen der politisch-gesellschaftlichen Entwicklungen durch Individualisierung und Globalisierung und angesichts einer medialen Informationsflut, die ungeordnet und alles relativierend auf die Zeitgenossen hernieder regnen läßt, immer schwieriger wird, einen Überblick über die wirklich bedeutenden politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen zu behalten. Die Verarbeitung dieser Veränderungsprozesse und Informationsflut gelingt nur denjenigen, die über eine kritische Urteilskraft und ein Wertefundament verfügen.

Dieter Althaus stellt in dieser Publikation mit seinem Beitrag einen Wertebezug vor, der für politische Bildung auf der Grundlage christlich-demokratischen Gedankengutes Orientierung und Kompaß sein kann. „Gerade in einer Welt, in der sich Veränderungen in einem atemberaubenden Tempo vollziehen, in der alte Gewißheiten in Zweifel gezogen werden, suchen Menschen Orientierung. Der christlich-demokratische Wertebezug kann der Kompaß sein, um die Herausforderungen, vor denen wir stehen, zu bewältigen, ohne Bewährtes aufzugeben.“

Personalität, Subsidiarität, Solidarität und Freiheit sind die zentralen Begriffe, die für christlich-demokratische politische Bildung den Rahmen und das Fundament bilden. Im Mittelpunkt der christlichen Ethik steht die Würde des einzelnen Menschen. Jedem einzelnen steht das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit im Rahmen der Regeln eines sozialen Gemeinwesens zu. Der einzelne, eingebunden in die rechtlichen Normen der Gesellschaft, trägt vor seinem Gewissen und vor sich selbst für sein Handeln die Verantwortung. Er ist aber fehlbar und damit nicht frei von Schuld und Irrtum. Daraus folgt, daß der einzelne nicht alleine existieren kann, sondern auf die Hilfe, Solidarität der und auf soziale Bindungen mit anderen angewiesen ist. Jeder einzelne trägt somit nicht nur Verantwortung für sich, sondern auch für seine Mitmenschen, die er in jedem einzelnen Schritt seines Handels mitrepräsentiert.

Politik hat vor dem Hintergrund dieses Menschenbildes die Aufgabe, die Würde jedes einzelnen Menschen zu achten und ein solidarisches Zusammenleben zu fördern. Der Politik sind aber auch klare Grenzen gesetzt. Weder kann sie letztgültige Wahrheiten und Glücksversprechungen verkünden noch unbegrenzte Macht anhäufen. Die politische Ordnung einer Gesellschaft, die auf dem christlichen Menschenbild beruht, wird durch Tugenden wie Toleranz und Achtung des anderen, Eigenverantwortlichkeit, sozialen Miteinander und Übernahme von Verantwortung auch in der Politik geprägt. Im Mittelpunkt steht der einzelne. Er hat nach dem Subsidiaritätsprinzip Vorrang vor dem Kollektiv. Nur was der einzelne oder die kleinere Einheit der Gesellschaft (wie z.B. die Familie) nicht leisten kann, das übernimmt die nächstgrößere Einheit. Der Staat tritt ersatzweise nur dann in Aktion, wenn die Möglichkeiten des einzelnen oder der kleineren Einheiten erschöpft sind.

Damit wird ein Gesellschaftsmodell vorgestellt, das Orientierungen für die Beurteilung politischen Handelns anbietet. Althaus weiß um die Pluralität unserer demokratischen Gesellschaft und erhebt nicht den Anspruch auf die Allgemeingültigkeit des christlich-demokratischen Wertebezugs. „Ohne Frage ist und muß das Politikangebot in der offenen Gesellschaft pluralistisch sein. Und ich weiß, daß das Denken von Person und Gesellschaft im christlich-demokratischen Wertebezug anspruchsvoll ist. Aber gerade dieses Verständnis vom Menschen ist unverzichtbar für eine Welt, die sich nicht aufgeben will.“

2.2 Wegweiser zur politischen Verantwortung

Politische Bildung muß einen Beitrag dazu leisten, daß die notwendigen Veränderungen, Opfer und Einschnitte staatlicher und sozialer Leistungen, die von den Bürgern in Deutschland vor dem Hintergrund hoher Arbeitslosigkeit, Überschuldung des Staates, geringem Wachstum der Volkswirtschaft, der demographischen Entwicklung u.a. verlangt werden, von diesen mehrheitlich akzeptiert und mitgetragen werden. Veränderungsbereitschaft zu mehr Verantwortlichkeit des einzelnen ist ein Ziel, für das sich die politische Bildung in Zukunft verstärkt einsetzen sollte. Sie hat dabei der Gefahr zu begegnen, daß Unzufriedenheit mit den ökonomischen Bedingungen und der Politik einer Regierung sich zu einer Vertrauenskrise gegenüber dem Staat und seinen Institutionen insgesamt ausweitete. Vielmehr gilt es aufzuzeigen, daß die Rückübertragung der Verantwortung vom alles regelnden, bürokratischen Versorgungsstaat hin zum Bürger eine dringend notwendige Korrektur ist, um Freiheitsräume und Eigeninitiativen neu zu wecken, ohne die unsere Gesellschaft auf Dauer im internationalen Wettbewerb nicht bestehen kann.

In einem Grundsatzpapier der Konrad-Adenauer-Stiftung mit dem Titel „Aufbruch in die Bürgergesellschaft: Weniger Staat - mehr Eigenverantwortung“ heißt es dazu: „Zur notwendigen, langfristigen Bewußtseinsänderung bei den Bürgerinnen und Bürgern gehört die Gewissheit, daß der Staat aus eigenen Antrieb erfahrungsgemäß kaum etwas von seiner Macht und damit auch von den Steuern und Abgaben, die er erhoben hat, zurückgeben wird. Der Freiheitsraum muß durch diejenigen erkämpft werden, die den Staat bilden: durch seine Bürgerinnen und Bürger.“

Politische Bildung hat die Aufgabe, die Vorteile und den Mehrwert einer auf Freiheit, Eigenverantwortung und Subsidiarität gegründeten *Bürgergesellschaft* erkennbar zu machen. Sie sollte den Bürgern Mut machen, sich ihre *Freiräume für eigenverantwortliches Handeln gegen erstarrte Bürokratien eines alles reglementierenden Versorgungsstaates neu zu erkämpfen*.

2.3 Korrektiv zur Macht der Massenmedien

Die politische Bildung sollte, wie Werner J. Patzelt in seinem Beitrag über die Politische Bildung in der Mediengesellschaft hervorhebt, sich weit stärker als bisher mit den *Einflüssen der Massenmedien* auf die Politik und die Wechselwirkungen zwischen politischem Handeln und politischer Berichterstattung in den Massenmedien beschäftigen. Die Machtfülle, welche Journalisten in den großen Medienanstalten für die politische Meinungsbildung besitzen, wird in der Öffentlichkeit nicht ausreichend wahrgenommen. Die Journalisten selber spielen ihren Einfluß herunter und machen ihren Berufsstand nur sehr selten zu einem Thema. Die Bürger sehen sie in der Regel nur als Berichterstatter und Beobachter, nicht aber als Akteure der Politik. Die Politiker auf der anderen Seite haben sich auf diese Medialisierung der Politik eingerichtet und ver-

suchen, ihrerseits mit den Journalisten zu kooperieren, um ihre politischen Botschaften über die Medien besonders wirkungsvoll präsentieren zu lassen. Die von Spitzenjournalisten ausgeübte kommunikative Macht ist aber, anders als die Macht der Politiker, nicht demokratisch legitimiert. „Doch nicht solches Fehlen demokratischer Legitimation ist das Problem. Dieses besteht vielmehr darin, daß zwar die Macht vor allem der Politik, spürbar auch die Macht der großen Wirtschaftsunternehmen, durch die Macht der Massenmedien begrenzt und in Schach gehalten werden kann, daß aber der Macht von Massenmedien und Spitzenjournalisten *keine* sie in *transparenter* Weise begrenzende Gegenmacht gegenübersteht“ (Patzelt).

Dieser Schwachstelle unseres demokratischen Verfassungsstaates sollte dringend durch eine kritische Medienkompetenz begegnet werden. Die Orte, in dem diese distanzierte Beobachtung und Aufarbeitung der Medienmacht geleistet und öffentlich diskutiert werden können, sind in erster Linie die Einrichtungen der politischen Erwachsenenbildung. Sie sollten sich verstärkt diesem Themenfeld widmen und mit Meinungsführern und Multiplikatoren bearbeiten. Die politische Bildung hat in dieser Hinsicht mit Unterstützung der Wissenschaft eine wichtige Korrektivfunktion zu übernehmen, die sonst kaum geleistet werden kann.

Darüber hinaus sollten auch die *Journalisten als Adressaten* der politischen Bildung in Zukunft weit stärker Berücksichtigung finden, um mit ihnen im öffentlichen Diskurs die Aufgaben und die Ethik des Journalismus im demokratischen Verfassungsstaat neu zu diskutieren.

2.4 Impulsgeber für die junge Generation

Politische Bildung muß *die junge Generation für Politik begeistern*. Durch zahlreiche Jugendstudien ist belegt, daß bei der jungen Generation ein großes Desinteresse an etablierter Politik und am politischen Engagement festzustellen ist. Zwar wird die Demokratie als Staatsform von den Jugendlichen überwiegend positiv gesehen und Extremismus von links und rechts abgelehnt.

Allerdings fehlen den Jugendlichen häufig fundierte Kenntnisse über die praktische Funktionsweise unserer demokratischen Staatsordnung und, wie erwähnt, die Bereitschaft zur aktiven Mitwirkung am politischen Leben. Parteien genießen auf einer Skala wichtiger Institutionen das geringste Vertrauen, und Politiker erhalten schlechte Noten. Deshalb sollten die Träger der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung – neben den Jugendorganisationen der politischen Parteien – sich weit stärker als bisher darum bemühen, zumindest bei einem Teil der jungen Generation *Verständnis für praktische Politik zu wecken und sie für politische Mitarbeit zu gewinnen*.

Untersuchungen der Konrad-Adenauer-Stiftung kommen zu dem Ergebnis, daß Jugendliche durchaus bereit sind, sich über den Schulunterricht hinaus intensiver mit Politik zu beschäftigen, wenn die Hemmschwellen für die Teilnahme an den Bildungsangeboten gering sind (keine hohen Teilnehmergebühren, Freunde mitbringen u.a.) und Politik interessant vermittelt und praktisch erfahrbar wird. Die Angebote finden auch dann besonderes Interesse, wenn ein persönlicher Nutzen erkennbar wird. Die politischen Bildner sollten diesen Erwartungen durch entsprechende Programmgestaltung, Methodenwahl und Werbestrategien Rechnung tragen. In der vorliegenden Publikation werden einige Beispiele für erfolgreiche Jugendprojekte vorgestellt.

Im Vergleich zum Schulunterricht hat die außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung eine weit größere Gestaltungsmöglichkeit bei der Programmgestaltung und Methodenauswahl. Dadurch wird sie in die Lage versetzt, *Politik authentisch erlebbar* zu machen. Politische Bildungsangebote für junge Menschen können durchaus im Sinne des unmittelbaren persönlichen Nutzens der Jugendlichen konzipiert sein. Sie sollten aber bei dieser Zielsetzung nicht stehen bleiben, vielmehr muß deutlich gemacht werden, daß sich die privaten Ziele nur dann verwirklichen lassen, wenn das „Umfeld“ in Staat und Gesellschaft angemessen funktioniert, folglich das persönliche Engagement für dieses „Umfeld“ im ureigensten Interesse ihres Lebensentwurfs liegt. Jungen Menschen sollte auch verständlich gemacht werden, daß die Zustimmung zu unserer demokratischen Staatsform letztlich auch die Zustimmung zum Parteienstaat ist, daß Parteien die Grundlage der parlamentarischen Regierungsform bilden und Mitgliedschaft und Mitwirkung in einer politischen Partei der Demokratie nicht per se schadet, sondern durchaus sinnvoll und nützlich ist. Auf die Ergebnisse der Jugendstudien und ihre Konsequenzen für die politische Bildung geht Jörg-Dieter Gauger in seinem Beitrag „Politik und politische Bildung: Bemerkungen zu einem vielschichtigen Verhältnis“ in dieser Publikation näher ein.

2.5 Nachhaltige Methodenwahl

Politische Bildungsveranstaltungen außerhalb des Schulunterrichts sind Angebote, die Interessenten freiwillig besuchen. In der Regel entstehen den Teilnehmern einige Kosten. Dies bedeutet für die Einrichtungen politischer Erwachsenenbildung, daß sie für ihre „Produkte“ werben und Interessenten zur Teilnahme auf dem „Markt“ gewinnen müssen. Die Auswahl und Gewinnung

von Teilnehmern verlangt von den politischen Bildnern Marketingkenntnisse und Qualitäts-Bewußtsein. Das „Produkt“ politische Bildung muß hohen Ansprüchen genügen, um Interesse zu wecken und die Erwartungen der Teilnehmer zu erfüllen. Dazu gehört auch, daß die politische Bildung beim Einsatz der Methoden und der technischen Hilfsmittel auf dem neusten Stand sein muß. Dazu gehört z.B. die Entwicklung von computergestützten Lerneinheiten und die Nutzung des Internets.

Die Praxis hat gezeigt, daß unterschiedliche Alters- und Berufsgruppen mit unterschiedlichen Angeboten erreicht und für eine Teilnahme an Bildungsmaßnahmen gewonnen werden können. Neben einem allgemeinen Bildungsinteresse, das insbesondere bei der älteren Generation anzutreffen ist, führt häufig der Wunsch nach einem verwertbaren Nutzen für persönliche oder berufliche Zwecke zu der Entscheidung, eine politische Bildungsveranstaltung zu besuchen. Veranstaltungen, die sich insbesondere an eine spezifische berufliche oder soziale Gruppe richten, werden weit häufiger nachgefragt als Angebote, die sich unspezifisch an die Allgemeinheit richten. Der Grund dafür ist einfach: in der eigenen Gruppe erwartet man einen höhern Nutzen und bessere Möglichkeiten zur Netzworfbildung. Außerdem spielen Statusfragen eine nicht geringe Rolle.

Den unterschiedlichen Zielgruppen müssen auch unterschiedliche didaktische Konzepte und Methoden entsprechen. In einer Fachtagung für Richter oberster Bundesgerichte zu Fragen des Rechtsextremismus z.B. sind andere Methoden zu wählen als für eine Gruppe von Schülern, die sich mit dem gleichen Thema beschäftigen. Als generelle Aussage läßt sich sicherlich feststellen, daß der Lernerfolg und die nachhaltige Wirkung entscheidend von der richti-

gen Methodenwahl abhängt. Nur wenn das Vorwissen und die Lernbereitschaft bei der Themen- und Methodenauswahl angemessen berücksichtigt werden, wird sich ein erkennbarer Lernerfolg einstellen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß handlungsorientierte Methoden, bei denen die Teilnehmer gestaltend aktiv mitwirken, zu großen Lernfortschritten führen. Beispiele für solche Methoden sind Erkundungen, Expertenbefragungen, Simulations- und Rollenspiele, Zukunftswerkstätten, Erarbeitung von Reportagen, Fotodokumentationen u.s.w.

Allerdings bedarf es für diese Methoden einer guten Vorbereitung und Steuerung durch die Veranstaltungsleitung. Außerdem ist nicht jede Zielgruppe und nicht jedes Thema in gleicher Weise für diese Methoden geeignet. Carl Deichmann gibt in seinem Beitrag „Politische Bildung für Wen? Zum Zusammenhang zwischen Zielen, Zielgruppen und Methoden in der außerschulischen politischen Bildung“ einen guten Überblick über die Zusammenhänge zwischen Zielgruppen und Methodenauswahl. Im zweiten Teil dieser Publikation werden in den Praxisberichten zudem einige methodische Konzeptionen vorgestellt, die erfolgreich und mit großem Zuspruch seitens der Teilnehmer durchgeführt wurden.

Eine besondere Zielgruppe der politischen Bildung, die in Zukunft immer mehr Gewicht bekommen wird, sind Zuwanderer aus fremden Kulturkreisen, die auch in das politische System unseres Landes integriert werden müssen, um Ghattobildung und Parallelkulturen zu verhindern, und für die bei der deutschen Bevölkerung zugleich Verständnis gefördert werden muß. Daher wird das interkulturelle Lernen, zu dem Peter Graf Überlegungen formuliert

hat, zu den wichtigen und neuen Zukunftsaufgaben auch der politischen Bildung gehören.

3. Politische Bildung braucht staatliche Finanzierung

Die Ergebnisse der PISA-Studie haben Politiker und Fachleute in Deutschland wachgerüttelt und dazu geführt, daß der Bildung, trotz leerer Staatskassen, ein hoher Stellenwert eingeräumt wird. Wenn die Äußerungen der verantwortlichen Politiker nicht nur Sonntagsreden sind, dann wird mehr in die Bildung des Nachwuchses investiert, um den Standort Deutschland als Wissensstandort auch in Zukunft abzusichern. Was für die Bildung im allgemeinen gilt, sollte bei der politischen Bildung nicht missachtet werden. Die Investitionen in die politischen Bildungseinrichtungen sind Demokratiekosten, die sich bisher für unsere Gesellschaft gerechnet haben. Bis zu einer Million Bürgerinnen und Bürger nehmen ohne Zwang die Angebote der außerschulischen politischen Bildung jährlich wahr. Die Mehrzahl von ihnen sind keine Parteimitglieder. Empirische Erhebungen weisen nach, daß der Nutzen bei den Teilnehmern hoch eingeschätzt wird. So hat die Konrad-Adenauer-Stiftung stichprobenartig bei zwei ihrer regional tätigen Bildungswerke Messungen zur „Kundenzufriedenheit“ und zur Reichweite ihrer Ausstrahlung in den jeweiligen Regionen durchführen lassen. Die gemessenen Werte attestieren der Arbeit eine hohe Qualität und einen Nutzen für die Teilnehmer.

Die außerschulischen Bildungsträger, die Stiftungen, Akademien, und Bildungsstätten verknüpfen Politiker und Parteien mit einer Vielzahl wichtiger Persönlichkeiten und Gruppen unserer Gesellschaft. Oftmals ermöglichen sie erst das unmittelbare, nicht durch Medien gefilterte, Gespräch zwischen der Politik und diesen Gruppen. Sie nehmen damit eine wichtige Scharnier- und

Brückenfunktion zwischen der operativen Politik und gesellschaftlichen Gruppen wahr und leisten einen Beitrag zum Abbau von Vorurteilen und Mißverständnissen. Sie bauen Sympathiefelder für die Politik bei der jungen Generation auf und qualifizieren politisches Personal. Die Einrichtungen der außerschulischen politischen Bildung haben ein großes Netzwerk von Sympathisanten und Meinungsträgern aufgebaut, das sich im Sinne unserer rechtsstaatlichen Ordnung neben den Parteien und Massenmedien gebildet und insbesondere in den Regionen, Städten und Gemeinden zu einem wichtigen Teil der politischen Kultur geworden ist. Sie wirken als *Agenturen für unsere Demokratie* und erfüllen wichtige politisch-kulturelle Aufgaben. Um es mit den Worten von Dieter Althaus zu sagen: „Freiheitliche Demokratien leben vom Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Diese müssen Grundlagen, Hintergründe und Alternativen kennen, um sich eine Meinung bilden, um entscheiden zu können. Ein Königsweg zum mündigen Bürger führt über die politische Bildung.“

Politische Bildung ist auf staatliche Subventionen angewiesen. Zwar kann sie einen Teil ihrer Kosten durch Teilnehmerbeiträge erwirtschaften, aber das „Produkt“ politische Bildung läßt sich nur in großen Ausnahmen kostendeckend am Markt „verkaufen“. Die politische Bildung würde ihre Zielgruppen, die sie erreichen möchte – nämlich insbesondere die junge Generation – eindeutig verfehlen. Bei fehlenden staatlichen Zuschüssen würden die Einrichtungen der politischen Bildung sehr schnell entweder ganz verschwinden oder sich eine betuchte Klientel suchen, für die sie polit-touristische Reisen anbietet. Dafür gibt es einen Markt. Wenn der Staat aber ein Interesse daran hat, den Zugang zur politische Weiterbildung einem breiten sozialen Spektrum zu ermöglichen und nicht nur denen, die hohe Kosten tragen können, dann ist

staatliche Finanzierung auch in Zukunft unumgänglich. Allerdings stehen die Einrichtungen der politischen Bildung umgekehrt in der Pflicht, ihre Leistungen und Wirkungen nachzuweisen. Bei leeren öffentlichen Kassen ist dies eine Bringschuld an den Steuerzahler. Diese Publikation will einen Beitrag dazu leisten. ■